

# Du bist Kirchheim



## Haushaltsrede von Stadtrat Martin Mandler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, in der Sitzung des Gemeinderats der Großen Kreisstadt Kirchheim unter Teck am 16. November 2005

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

der Entwurf des Haushalts 2006 wurde von der Oberbürgermeisterin bei seiner Einbringung als ein „**Designer-Anzug ohne Nahtzugabe**“ bezeichnet, dessen Naht bei geringstem Bauchansatz oder heftiger Bewegung aufzubrechen drohe. Dieses hübsche Bild hat sich die SPD besonders zu Herzen genommen. Deshalb darf ich zum ersten Mal hier die Haushaltsrede halten, denn *erstens* bin ich in unserer Fraktion der einzige, der überhaupt einen Designer-Anzug besitzt, und *zweitens* ergab eine fraktionsinterne Überprüfung, dass ich den geringsten Bauchansatz habe. Wir wollen mal sehen, ob das am Ende dem neuen Haushalt nützen wird.

Die Beratungen über den Haushalt sind auch auf kommunaler Ebene eine gute Gelegenheit, sich darüber zu vergewissern, warum der Staat eigentlich von seinen Bürgern Geld braucht und für welche sinnvollen Zwecke er dieses Geld ausgeben will. Gleich zu Beginn meiner Stellungnahme will ich ein klares **Bekenntnis zum Steuerstaat** ablegen.

Warum? In der Debatte der letzten Jahre über die zu hohe Staatsquote, die Notwendigkeit von Privatisierungen und Steuersenkungen hat leider die **Legitimität von Steuern** ganz allgemein Schaden genommen. Es ist teilweise die Einsicht verloren gegangen, dass der Staat Steuern nicht aus Spaß am Abkassieren seiner Bürger erhebt, sondern um uns allen öffentlich garantierte und gerecht verteilte Leistungen anzubieten, auf die zu Recht niemand verzichten will. Ich nenne beispielhaft die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur, die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Aufrechterhaltung einer zukunftsfähigen sozialen und ökologischen Daseinsvorsorge. Ich sage offen:

**Nur wirklich Reiche können sich einen armen Staat leisten.**

Natürlich müssen die Haushalte konsolidiert werden. Das sind wir allein der Generationengerechtigkeit schuldig. Mit einem Irrglauben müssen wir indessen aufhören: Dass der Staat spart, die Bürger aber mit all ihren Wohlstandserwartungen so weiterleben können wie bisher. Deshalb halte ich es auch für völlig verfehlt, Sparmaßnahmen gegen Einnahmeverbesserungen auszuspielen. Wir brauchen überall beides – auch im Haushalt der Stadt Kirchheim. Es ist grotesk, wenn man der Großen Koalition vorwirft, der Staat spare auf Kosten der Bürger. Das ist eine Denke, die wir uns nicht mehr leisten können. Staat und Bürger sind keine Gegensätze. Der Staat sind nicht böse Politiker oder böse Stadträte. Der Staat sind wir alle. In Anlehnung an eine aktuelle Kampagne rufe ich uns allen deshalb zu:

**Du bist Kirchheim!**

Diesen Gemeinsinn gibt es nicht zum Nulltarif. Wer so tut, als ob der Staat seine Schuldenberge abbauen könne, ohne dass die Menschen so oder so einen Beitrag dazu leisten müssten, ist auf dem Holzweg. Auch in der Kommunalpolitik gilt:  
**Haushaltskonsolidierung und keiner soll es spüren, wird nicht mehr laufen!**

Die SPD sagt **Ja zu einer moderaten Erhöhung der Gewerbesteuer**. Die Stadt hat in letzter Zeit die Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft spürbar verbessert und dabei allerhand Geld in die Hand genommen. Ein höherer Hebesatz bei der Gewerbesteuer ist deshalb gerechtfertigt. Wir tragen auch die behutsame **Anhebung von Gebühren** mit, jedoch mit einer entscheidenden Ausnahme: nämlich den Kindergartengebühren. Ich werde darauf zurückkommen. Wir sagen auch Ja zum völlig plausiblen Vorschlag der Verwaltung, jetzt für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen lieber **Rücklagen** zu entnehmen als neue Kredite aufzunehmen.

Auch wenn die Gewerbesteuereinnahmen erfreulicherweise wieder etwas munterer sprudeln, kann man für die **Lage der kommunalen Haushalte** auch in Zukunft keine Entwarnung geben. Eine Schwalbe bei der Gewerbesteuer macht eben noch nicht den Sommer einer Gemeindefinanzreform, die diesen Namen auch wirklich verdient. Immerhin zeigt der Aufwärtstrend bei der Gewerbesteuer, dass die Städte auf ihre wichtigste Steuerquelle nicht leichtfertig verzichten können. Es ist erfreulich, dass sich die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU zur Beibehaltung einer „wirtschaftskraftbezogenen kommunalen Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht“ bekennt.

Die Kommunalen Spitzenverbände wehren sich zu Recht dagegen, dass Bund und Land den Städten und Gemeinden immer dreister in die Taschen greifen. Bund und Länder sind in ihren Finanzbeziehungen zu den Kommunen immer noch meilenweit davon entfernt, den **Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“** in der Gesetzgebungspraxis auch anzuwenden.

Ich komme ganz kurz auf einige **Strukturdaten des Haushaltsentwurfs**:

- das Ausmaß der **Verschuldung** ist nicht gut, aber noch verkraftbar, jedenfalls kein Grund, um falschen Alarm zu schlagen; wir halten uns an die von Helmut Schmidt ausgegebene Devise: „Regieren geht über sanieren“;
- die Höhe der **Umlagen** ist schlimm und zeigt, dass in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden etwas faul ist;
- die erzielte **Zuführungsrate** ist nicht mehr als ein kleiner Hoffnungsschimmer;
- die negative **Netto-Investitionsrate** ist ein bedenklicher Schönheitsfehler;
- beim Ausmosten des **Personalhaushalts** und bei den Belastungen der Beschäftigten sehen wir das Ende der Fahnenstange gekommen;
- die **Kostendeckungsgrade** bei den öffentlichen Einrichtungen sind unter dem Strich nach wie vor katastrophal, größtenteils aber auch politisch gewollt, jedenfalls ohne Aussicht auf strukturelle Besserung.

Tiefer will ich in die Haushaltsanalyse gar nicht einsteigen und mich lieber an das **Jammerverbot** der Oberbürgermeisterin vom letzten Jahr halten.

Allerdings will ich noch auf einen ganz entscheidenden Punkt aufmerksam machen: Der Haushalt 2006 wird womöglich einer der letzten sein, den wir in der bislang üblichen Struktur und Machart beschließen werden. Denn die Innenminister-Konferenz der Länder hat schon vor geraumer Zeit eine grundlegende **Reform des**

**Gemeindehaushaltsrechts** auf den Weg gebracht, die auch vor Baden-Württemberg nicht Halt machen wird.

Es geht um den Abschied von der Kameralistik und um die **Einführung der doppelten Buchführung in Konten**, kurz auch **Doppik** genannt. ([www.doppik.de](http://www.doppik.de)) Dann wird die Einteilung des kommunalen Haushalts in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Vergangenheit angehören. Stattdessen wird uns Doppik dann eine Drei-Komponenten-Rechnung aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung bescheren. Weil die Umstellung einer kleinen Revolution im Gemeindehaushaltsrecht gleich kommt, bitten wir die Verwaltung, für die Einführung von Doppik frühzeitig die personellen, organisatorischen und technischen Weichen zu stellen.

Die Oberbürgermeisterin sagte bei der Einbringung des Haushalts, das **Königsrecht des Gemeinderates**, bei Haushaltsaufstellungen gestalterisch und lenkend zu wirken, sei weiterhin nicht erkennbar. Das sehen wir in unserer Rolle freilich etwas anders. Hand aufs Herz: So schlimm ist es um Kirchheim doch gar nicht bestellt. Trotz finanzieller Engpässe tut sich etwas. **Kirchheim bewegt sich**. Auf vielen Feldern haben wir gemeinsam dafür gesorgt, dass es voran geht, sei es beim Umbau der Verwaltung, bei der Wirtschaftsförderung, bei der Attraktivierung der Innenstadt oder bei der Kindergarten- und Schulentwicklungsplanung.

Die SPD-Fraktion ist der Oberbürgermeisterin jedenfalls dankbar dafür, dass sie seit ihrem Amtsantritt Mut zur Schwerpunktbildung zeigt, ihr persönliches Gewicht für nötige Veränderungen in die Waagschale wirft und sich an die Spitze bei der besseren Positionierung unserer Stadt im interkommunalen Wettbewerb gesetzt hat.

Spätestens seit PISA hat sich herum gesprochen, dass Deutschland bei seinem **Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot** einen unübersehbaren Nachholbedarf hat. Zu lange und zu einseitig hat Deutschland nahezu ausschließlich auf Familie und Schule als den scheinbar unverrückbaren Stützpfeilern von Kindheit und Jugend gesetzt. Diese Konstellation ist brüchig geworden. Die SPD-Fraktion sagt deshalb mit voller Überzeugung **Ja zum Investitionsschwerpunkt Bildung und Betreuung**. Heute in die Köpfe unserer Kinder investieren heißt, auch morgen unseren hohen Wohlstand, unseren Vorsprung durch Innovationen und damit unsere Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb zu sichern. Gerade die SPD kann und wird sich zugleich keinesfalls damit abfinden, dass die soziale Herkunft immer noch über Bildungschancen und Bildungserfolg entscheidet. Wer heute an der Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder spart, muss dies später an anderer Stelle finanziell wie gesellschaftspolitisch viel, viel teurer ausbaden.

Es ist ein Verdienst der rot-grünen Bundesregierung, mit dem freiwilligen IZBB-Programm eine Initialzündung für den Ausbau von Ganztageschulen gegeben zu haben. Auch drei Schulen in Kirchheim kamen in den Genuss der äußerst großzügig bemessenen Zuschussquote. Zwei weitere Schulen unserer Stadt wurden Opfer des nach dem „Windhundprinzip“ organisierten Vergabeverfahrens und blieben mit ihren Förderanträgen leider auf der Strecke.

Nach einigem Hängen und Würgen ist nun auch die Landesregierung auf den Trichter gekommen und hat mit den kommunalen Landesverbänden ein eigenes Programm für den Ausbau der Ganztageschulen und der Kinderbetreuungsangebote ausgehandelt. Das alles ist - wie auch die

Regierungserklärung von Ministerpräsident Oettinger zum „Kinderland Baden-Württemberg“ - ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir verzeichnen bei Bildung und Betreuung aber nach wie vor verheerende Defizite, die ich der Landesregierung vorhalten muss:

- Bei der Finanzierung sowohl der Ganztageschulen als auch der Kleinkindbetreuung und der Sprachförderung im Kindergarten bleibt an den Kommunen viel zu viel hängen. Das Land selbst wird seiner bildungspolitischen Verantwortung zu wenig gerecht.
- Jugendbegleiter aus dem Ehrenamt für die Nachmittagsbetreuung sind schön und gut, nur haben sie mit einem pädagogischen Konzept nichts zu tun. Ich fordere das Land deshalb auf, die Kommunen beim pädagogischen Personal nicht im Regen stehen zu lassen.
- Verhängnisvoll war es bislang schon, Ganztageschulen auf so genannte soziale Brennpunkte beschränken zu wollen. Noch verhängnisvoller ist es freilich, noch nicht einmal eindeutigen Brennpunktschulen die versprochenen zusätzlichen Lehrerstunden zuzuweisen. Darunter leiden derzeit die Alleen-Grundschule und Konrad-Widerholt-Förderschule. Wir werden auf politischen Kanälen alle Hebel in Bewegung setzen, damit Zusagen eingehalten werden.

Wir bitten die Verwaltung ferner, **Anregungen der Schulleiter** aufzugreifen. Vor allem sollte überlegt werden, wie die angespannte Raumsituation in einigen Schulen gemildert werden kann. Weiter verfolgt werden sollte auch die Idee, im Zuge des Neubaus der Freihof-Realschule eine Zusammenarbeit mit der Freihof-Grundschule bis hin zu einer Verbundschule mit Ganztagesbetreuung anzugehen.

Der vor kurzem erschienene **12. Kinder- und Jugendbericht** der Bundesregierung öffnet uns die Augen für die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. In seinen zahlreichen Empfehlungen verlangt der Bericht auch die völlige Kostenfreiheit in der öffentlich verantworteten Kindertagesbetreuung. Wer das wie bezahlen soll, bleibt indes völlig im Dunkeln.

Die Stoßrichtung dieses Ziels ist ohne Zweifel richtig. Die **Beitragsfreiheit im Kindergarten** ist auch keine neue Idee, sondern findet sich bereits in Kommunalwahl-Programmen der Kirchheimer SPD in den siebziger Jahren. Angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen müssen wir aber Realitätssinn bewahren. Wir werden auf dem Weg zum beitragsfreien Kindergarten nur kleine Brötchen backen können, erst recht, wenn Bund und Länder die Kosten alleine auf die Kommunen abwälzen. Allerdings wäre es jetzt ein Signal in die falsche Richtung, die Gebühren für Eltern sogar zu erhöhen.

Um Kirchheim als kinder- und familienfreundliche Stadt voran zu bringen, sollten Gemeinderat und Verwaltung mit Vereinen, Verbänden, Kirchen, Unternehmen, Kindergärten, freien Wohlfahrtsträgern und vielen mehr an einem Strang ziehen. Wir regen an, eine Initiative der scheidenden Bundesfamilienministerin Renate Schmidt aufzugreifen und auch in unserer Stadt ein „**Lokales Bündnis für Familie**“ ([www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)) ins Leben zu rufen.

Ein Wort zu den **Zuschüssen für Vereine und Verbände**. Wir stehen ohne Wenn und Aber zu dieser Form der Unterstützung, denn Freiwilligkeitsleistungen bringt zwar auch die Stadt, zuerst und vor allem aber bringen sie die vielen bürgerschaftlich engagierten Menschen selbst. Es ist unersetzlich, was Vereine, Verbände und

private Initiativen im Sport, in der Kultur, in der Seniorenarbeit und in anderen Bereichen für eine lebendige Stadt leisten, wie gesagt freiwillig, am Gemeinwohl ausgerichtet und manchmal sogar mit eigenen finanziellen Risiken. Würden im Ehrenamt Angebote und Strukturen weg brechen, die Stadt hätte gar nicht die Möglichkeit, entstehende Lücken durch eigenen Einsatz voll zu schließen.

Die SPD hat sich schon seit längerem für eine **Neuordnung der Zuschüsse für Vereine** ausgesprochen. Oberstes Kriterium sollte dabei sein, dass deren Arbeit ein wie auch immer geartetes öffentliches Interesse abdecken muss. Genauso wichtig ist uns aber auch eine **Neujustierung der Maßstäbe** im Umgang mit dem Ehrenamt. Wir wollen den Aktiven nicht den Eindruck vermitteln, als seien sie für uns lästige Bittsteller, die nur an sich selbst denken. Wir plädieren für einen leistungsgerechten Maßstab für **alle** Vereine und Verbände. Es erzeugt böses Blut, wenn den einen der kooperative Geist gleicher Augenhöhe und der Anerkennungskultur entgegenweht, andere sich aber mit der Mentalität eines schneidigen Aufsichtsrats konfrontiert sehen.

Gerechter justieren sollte der Gemeinderat auch seine **Bewertung von unerwarteten Mehrausgaben**. Ich finde zum Beispiel, dass der zeitliche Aufwand und emotionale Eifer, den wir uns für ein 25.000 Euro Darlehen für eine renommierte Fortbildungseinrichtung leisten, in keinem angemessenen Verhältnis zu gigantischen Mehrkosten im Tief- und Hochbau steht, die der Gemeinderat oft nur noch im Nachhinein zähneknirschend abnicken kann.

Die SPD bekennt sich zu einem **bürgerfreundlichen Kirchheim**:

- Der **Bürgerservice** muss auf hohem Niveau gehalten und sich wandelnden Bedürfnissen angepasst werden, auch mit Blick auf die älter werdende Gesellschaft.
- Die **Stadteingänge** müssen stufenweise zu attraktiven Visitenkarten für Kirchheim umgestaltet werden. Besucher, die von außerhalb nach Kirchheim kommen, müssen nicht nur einen guten ersten Eindruck bekommen, sie brauchen vor allem sofort eine verlässliche Orientierung. Die SPD-Fraktion möchte den Startschuss für gästefreundlichere Stadteingänge an der Autobahn-Ausfahrt Kirchheim-Ost geben.
- Wir müssen neue Wege der **Bürgerbeteiligung** gehen. Mit dem Trend zur Zuschauerdemokratie wollen wir uns nicht abfinden. Einen Bürgerhaushalt halten wir immer noch für eine spannende Idee, die ausprobiert werden sollte. In Sachen Jugendgemeinderat sollte über kurz oder lang ein neuer Anlauf gewagt werden. Zumindest ein Jugendforum sollte eine Chance bekommen. Der von unseren Kollegen Tonja Brinks und Andreas Schwarz kürzlich organisierte „Runde Tisch“ hat zwar keine Massen bewegt, aber zumindest gezeigt: Junge Leute wollen Party und Spaß, sie wollen sich aber auch in die Angelegenheiten unseres Gemeinwesens einbringen.
- Der **Internet-Auftritt** der Stadt muss die multimedialen und interaktiven Möglichkeiten noch besser nutzen. Mein Vorschlag, Online-Abstimmungen anzubieten, etwa zu den neuen Lampen in der Fußgängerzone, war durchaus ernst gemeint. Wünschenswert wären auch Pläne und Sitzungsvorlagen zum Herunterladen, Fotos und Email-Adressen **aller** Gemeinde- und Ortschaftsräte und so weiter und so fort.
- Beim **E-Government** kommt es darauf an, ständig auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Es geht nicht nur um die Optimierung verwaltungsinterner Abläufe

und Prozesse, sondern um mehr und besseren Bürgerservice und spürbaren Bürokratieabbau.

Wer ein **Bekanntnis zur Schwerpunktsetzung** abgibt, sollte ehrlicherweise das **Eingeständnis von Nachrangigkeiten** gleich hinterher schieben. Nicht jedes Thema, das für sich genommen durchaus eine längere Würdigung verdiente, kann ich hier ausbreiten. Und was unsere **Anträge** angeht, verweise ich auf den Anhang zu meiner Stellungnahme. Zu einigen Aspekten der **Zukunftssicherung in unserer Stadt** will ich jedoch noch einige wenige Duftmarken setzen:

- Der **demografische Wandel** wird auch Kirchheim vor völlig neue Herausforderungen stellen. Rüstige Seniorinnen und Senioren sind ein Aktivposten beim bürgerschaftlichen Engagement. Es steigt aber auch die Zahl der Hochbetagten, was neue Handlungskonzepte in den Bereichen Wohnen, Pflege, Einkaufen, Verkehr und Lebensqualität für ältere und alte Menschen erfordert.
- Die SPD bekennt sich zur **Teilort-Gerechtigkeit**. Die Ötlinger, Jesinger, Naberner und Lindorfer dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie von der Stadtentwicklung abgehängt sind. Wir dringen deshalb mit Nachdruck auf eine Hallenentwicklungsplanung für die Gießnau-Halle, die Eduard-Mörrike-Halle und die Gemeindehalle Jesingen. Bei der Endlosgeschichte Gießnau-Halle sollten wir uns nicht länger mit einer halbgaren Schmalspur-Sanierung in die Tasche lügen.
- Die SPD will in der Stadtentwicklung weiter eine **Strategie der Nachhaltigkeit** fahren. Beim Neubau und bei der Sanierung von Gebäuden muss die Energieerzeugung der Zielsetzung „Weg von Öl und Gas“ gehorchen. Wir setzen auf mehr Energieeffizienz und auf kommunalen Klimaschutz durch den Einsatz von erneuerbaren Energien. Und wir wollen weiter einen eigenen Beitrag zur Umsetzung des nationalen Radverkehrsplans leisten. Es ist nicht unser Ding, den Menschen vorzuschreiben, wie sie leben sollen, aber dort, wo natürliche Güter und finanzielle Ressourcen der Allgemeinheit berührt sind, muss es erlaubt sein, durch staatliches Handeln Anreize zum Umdenken zu schaffen. Das gilt vor allem für die stadtnahe Mobilität und das Energiesparen.
- Die SPD hält es für unabdingbar, die **Kommune fit für Europa** zu machen. Immer mehr Entscheidungen der Europäischen Union haben auch Auswirkungen auf die Kommunen. Die Europakompetenz der Verwaltung muss deshalb gestärkt werden. Die SPD regt die Hospitanz eines Verwaltungsbeamten beim Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel an, insbesondere mit der Aufgabe, aktuelle, für Kirchheim geeignete **Förderprogramme der Europäischen Union** auszuwerten. ([www.europabuero-bw.de](http://www.europabuero-bw.de))

Wer unter dürftigen Steuereinnahmen leidet, ist um so mehr in der Pflicht, mit großem Elan und Einfallsreichtum sich um noch so kleine Stücke vom großen Kuchen der kommunalen Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union zu bemühen. Kirchheim muss sich auch in stärkerem Maße an Ausschreibungen für Preise und an nationalen Wettbewerben beteiligen. Wenn dabei der eine oder andere Erfolg eingefahren wird, haben wir mehrere Fliegen mit einer Klappe erledigt: wir bringen frisches Geld in die Stadtkasse, tun etwas für die Stadtentwicklung und schärfen zugleich das überregionale Positivimage der Stadt.

Wenn der Haushalt nach unseren Beratungen schlussendlich unter Dach und Fach ist, können wir hoffentlich die **Kleiderordnung** umbenennen. Dann sollte der Etat nicht mehr einem „Designer-Anzug ohne Nahtzugabe“ gleichen, sondern aussehen wie ein farbenfrohes Kostüm, das schick und trotzdem alltagstauglich ist und einen Gürtel zum Engerschnallen hat. Die Krönung wäre, wenn es uns gemeinsam gelänge, in diesem Haushaltskostüm im Finanzplanungszeitraum ein paar Ersatzknöpfe und einen Gutschein für die Erstreinigung unterzubringen.

Ich komme zum Schluss. Wem das alles zu langatmig war, für den fasse ich die Dinge aus Sicht der SPD-Fraktion jetzt noch einmal kurz und einprägsam zusammen und befolge dabei auch den Optimismus-Appell des Stadtkämmerers:

*Die Stadt Kirchheim und ihre Menschen sind gut!*

*Die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin sind gut!*

*Der Haushalt 2006 wird gut!*

*Glückauf!*